



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum dritten Mal in Folge hat die CDU eine Landtagswahl gewonnen. Und zum dritten Mal waren alle überrascht. Ich habe mich über alle drei Überraschungen sehr gefreut, zeigt es doch, dass wir in der Vergangenheit eine gute Politik gemacht haben und dass die Menschen uns vertrauen. Das gibt ein gutes Gefühl für die Bundestagswahl am 24. September. Ich bin sicher, dass wir ein gutes Ergebnis erzielen werden und dass unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel im Amt bleibt. Das ist für unser Land in diesen unruhigen Zeiten auch das Beste.

Jeder Mensch hat das Recht zu wissen, wo er herkommt. Daher haben wir in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, das Kindern, die durch eine Samenspende gezeugt wurden, das Recht auf Kenntnis ihrer Abstammung einräumt. Zu diesem Zweck wird ein zentrales Samenspenderegister eingeführt, wo die Daten 110 Jahre gespeichert werden. Ergänzend wird die gerichtliche Feststellung des rechtlichen Vaters ausgeschlossen. Damit wird der Samenspender von Ansprüchen in den Bereichen Sorge-, Unterhalts- und Erbrecht freigestellt.

Der Schutz unserer Bürger hat für uns oberste Priorität. Darum haben wir die Möglichkeiten für die Ab-

schiebung ausreisepflichtiger Ausländer verschärft. Wenn von solchen Personen eine erhebliche Gefahr für die Bevölkerung ausgeht, besteht jetzt die Möglichkeit, sie bis zu ihrer Abschiebung im regulären Strafvollzug unterzubringen. Diese Haft ist auch dann zulässig, wenn die Abschiebung nicht innerhalb von drei Monaten erfolgen kann. Wir ziehen damit ausländerrechtliche Konsequenzen aus den Anschlägen von Berlin und Ansbach.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,
Ihr

Katar engagiert sich für Menschenrechte

In der vergangenen Woche durfte ich an dem 17. Internationalen Menschenrechtskongress in Doha – Katar teilnehmen. Hier entwickelte sich eine spannende Diskussion zu Migrationsfragen.

Hier im Gespräch mit dem Botschafter in Berlin Al-Thani und S. E. Dr Ali Marri, Präsident des katarischen Nationalkomitees für Menschenrechte zu möglichen Kooperationen.



Menschenrechtliche Bewältigung der Flucht bewundernswert

In einem öffentlichen Gespräch des Ausschusses für Menschenrechte mit Vertretern des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), der unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands, wurde am Mittwoch dieser Woche über die Berichtslegung für den Zeitraum 2015 bis Mitte 2016 mit den Abgeordneten diskutiert. Ein Unionsvertreter mahnte mehr Sachlichkeit und weniger politische Formulierungen an. Insgesamt wurde der Bericht aber von allen Fraktionen als sehr gut bewertet.

Dem Prinzip der Selbstkritik und der Unabhängigkeit entspricht es auch, dass das Institut selbst entscheidet,

welche Themen explizit bearbeitet werden. Das Schwerpunktthema Flucht sei deswegen gewählt worden, weil Deutschland vor der größten menschenrechtlichen Herausforderung im Zuge des Flüchtlingszustroms hunderttausender von Menschen gestanden habe, so die Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik Inland/Europa des Instituts, Petra Follmar-Otto. Im Ergebnis habe Deutschland die menschenrechtliche Bewältigung dieser Aufgabe, den Menschen Schutz zu bieten, in bewundernswerter Weise bewältigt, hob DIMR-Direktorin Beate Rudolf, hervor.

Der stellvertretende DIMR-Direktor Michael Windfuhr

wies auf die Vielfalt der Aufgabenbereiche des Instituts hin. Dazu gehören neben der regelmäßigen Publikationsvielfalt zu menschenrechtlichen Themen auch die Aufgabenbereiche Monitoring der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention, Politikberatung, Menschenrechtsbildung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Als besonders bedeutend sehe ich dabei an, die Menschenrechtsbildung an den Schulen zu fördern, damit unsere Kinder in Zukunft für einen wertschätzenden Umgang mit den Mitmenschen gut vorbereitet sind.

Flüchtlingsklasse zu Besuch im Menschenrechtsausschuss

Für eine gymnasiale Vorbereitungsklasse für begabte ausländische junge Flüchtlinge zwischen 15 und 19 Jahren aus Sindelfingen gehörte es in dieser Woche zur Berlinreise dazu, unseren parlamentarischen Alltag mitzuerleben.

Die im Menschenrechtsbericht besonders beleuchtete Situation verletzlicher Gruppen unter den Flüchtlingen wie unbegleitete Minderjährige passte da besonders gut für einen Besuch im Menschenrechtsausschuss. Ich begrüße es sehr, dass diese jungen Menschen, die zu uns geflüchtet sind, sich hautnah ein Bild unserer parlamenta-

rischen demokratischen Arbeit und der Diskussionskultur im Deutschen Bundestag machen konnten.



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Minister Schäuble zu Gast bei der Viadrina



Oberbürgermeister Martin Wilke, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (von links)

Am 10.05.2017 war Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Gast bei der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). In seinem Vortrag „Die Europäische

Union – am Ende oder am Anfang“ rief er dazu auf, sich für Europa zu engagieren. Am Rande des Termins fand eine Begegnung mit Frankfurts Oberbürgermeister Martin

Wilke und mir statt, bei der es u.a. um die Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn, aber auch um den Logistikstandort Frankfurt ging.

„Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“



Tobias Kirchof, Werner Schiffauer, Heiner Koch (von links)

Unter dem Titel „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ fand am Donnerstag dieser Woche an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) ein Podiumsge-

spräch statt. Außer mir haben Diözesan-Caritasdirektorin Ulrike Kostka, der Migrationsexperte Werner Schiffauer und Viadrina-Präsident Alexander Wöll teil-

genommen. Moderiert wurde die Diskussion von Pater Theodor Wenzel und Studienpfarrer Tobias Kirchof.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Beratungsstipendien für soziale Initiativen

In den neuen Bundesländern führen die Beratungsstipendien für soziale Initiativen der Organisation „start-social“ leider noch immer ein Mauerblümchendasein. Darum möchte ich an dieser Stelle Werbung machen für dieses Projekt, für das Bundeskanzlerin Angela Merkel die Schirmherrschaft übernommen hat.

Derzeit läuft die Ausschreibung für den immerhin schon 14. Wettbewerb. Bis zum 30. Juni 2017 können sich Organisationen, Projekte und Ideenträger

online unter www.startsocial.de bewerben. Der Wettbewerb richtet sich an alle Engagierten, die an der nachhaltigen Lösung eines sozialen Problems arbeiten und dabei Ehrenamtliche einbinden.

Die 100 überzeugendsten Initiativen werden mit viermonatigen Beratungsstipendien unterstützt. Auf einer Preisverleihung in Berlin werden anschließend die besten 25 geehrt. Sieben von ihnen erwarten dort Geldpreise im Gesamtwert von 35.000

EUR. Bundeskanzlerin Merkel unterstützt den Wettbewerb seit ihrem Amtsantritt mit einem Sonderpreis.

„startsocial“ wurde im Jahr 2001 unter Federführung von McKinsey & Company sowie weiteren Vertretern aus der Wirtschaft gegründet. Ziel war es, dem ehrenamtlichen Engagement in Deutschland neue Impulse zu verleihen. Seitdem fördert „startsocial“ ehrenamtliches Engagement durch den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und sozialen Initiativen.

Breitbandausbau weiter fördern



Die Interessenvereinigung der Unternehmer im Landkreis Oder-Spree und Frankfurt (Oder) hatte am 9.05.2017 die Kandidaten für die Bundestagswahl zu einem Podiumsgespräch nach Bad Saarow eingeladen.

Vertreter kommunaler Unternehmen und der Kommunalverwaltung

stellten ihre Fragen zu den Plänen der Parteien bezüglich Infrastrukturausbau, Steuergesetzgebung, Energiepreise und Wirtschaftsförderung. Die CDU setzt auf die Förderung des Breitbandausbaus, eine gerechte Gestaltung der Energiepreise und Unternehmenssteuern. Bei den Themen Schleusenausbau und

Verkehrsplanung arbeiten wir auch überfraktionell für unsere Region zusammen.

Der Kandidat der AfD, Alexander Gauland, hatte es nicht für nötig gefunden, sich in seinem Wahlkreis vorzustellen. Er ließ sich von einem Referenten der AfD-Landtagsfraktion vertreten.